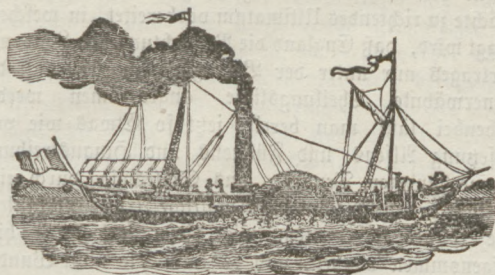


Danziger Dampfboot.

№ 139.

Freitag, den 17. Juni.



1864.

35ter Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Vortheilsgasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Neidemeyer's Centr.-Büro. u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Illgen & Fort. h. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haafenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., Donnerstag 16. Juni. Nach einem der „Frankfurter Postzeitung“ aus Wien zugegangenen Telegramme ist die abermalige Verschiebung der nächsten Sitzung der Konferenz aus dem Grunde erfolgt, weil die dänischen Bevollmächtigten die Versicherung abgaben, daß sie ebensowenig in Bezug auf den Abschluß eines Waffenstillstandes, als über die Theilung Schlesiens weitere Vorschläge zu machen hätten.

Haag, Mittwoch, 15. Juni. Heute haben die Neuwahlen für die auscheidenden Mitglieder der Zweiten Kammer stattgefunden. Im Haag unterlag ein Liberaler. Dagegen sind in der Provinz Limburg an Stelle zweier konservativer zwei liberale Abgeordnete gewählt worden. Eben so blieben die Liberalen in Winschooten und Breda Sieger. In den anderen Wahlkreisen sind die auscheidenden Deputirten wieder gewählt worden.

St. Petersburg, Mittwoch, 16. Juni. Die St. Petersburger deutsche Zeitung enthält ein Communiqué, worin die Absurdität der von der Augsburger Allgemeinen Zeitung aufgestellten Behauptung, daß Rußland die Herstellung der Personalunion unter dem Großherzog von Oldenburg, die Abbanlung König Christians IX. und die Entschädigung des Augustenburgers anstrebe, nachgewiesen wird.

Unsere Danziger Verkehrsanstalten.

In den letzten Tagen hat sich wieder eklatant herausgestellt, daß unser Packhof, wie überhaupt unsere Boleinrichtungen, dem jetzigen Verkehr nicht mehr angemessen sind.

Mehrere Dampfer langten seewärts zu gleicher Zeit hier mit Gütern an. Die zu kurze Bohlwerksbreite unseres Packhofes erlaubt nicht, daß mehr als zwei oder höchstens drei Dampfschiffe auf Einmal ausgeladen werden, in Folge dessen mußte einer der Dampfer eine Zeit lang stille liegen. Wer da weiß, was die Unterhaltung und Verzinsung von Seedampfschiffen täglich kostet, wird ermessen können, welcher Hümer des Fahrzeuges entsteht. — Aber auch die hiesigen Waaren-Empfänger hatten erheblichen Schaden, weil die Packhofsräume so gut wie hiebei der letzten Tage Waaren, die leicht dem Verderb ausgesetzt sind, im Freien lagern. Wäre Regen eingetreten, so würde ohne Zweifel ein Theil derjenigen Güter, welche die Risse nicht vertragen können, gänzlich unbrauchbar geworden sein.

Es ist nicht unsere Absicht hier Vorschläge zu machen, wie diesen Uebelständen für die Zukunft abgeholfen ist. — Solches ist von Seiten der Kaufmannschaft der Regierung gegenüber zum Ueberdruß geschehen. Die Regierung hat auch theilweise Abhilfe zugesagt, gethan hat sie freilich bis jetzt sehr wenig. Wenden wir uns von dem ganz unzureichenden Packhof zu den übrigen Verkehrsanstalten in unserer guten Stadt Danzig, so müssen wir leider gestehen, daß fast keine einzige derselben den gesteigerten Handel und den Anforderungen der Jetztzeit entspricht. Daß unser Hafenkanal in Fahrwasser, besonders bei hohem Wasserstande, nicht für den Verkehr breit genug ist, haben die letzten Jahre zur Genüge dargethan. Es wird noch Jedem erin-

nerlich sein, wie der Lootsenkommandeur vor nicht allzulanger Zeit Schiffen das Einlaufen von der Rhebe her verwehren mußte, weil der Hafen voll war. Ebenso durften zu einer Zeit aus dem nämlichen Grunde Schiffe nicht von der Stadt nach Fahrwasser abgehen. Das Einzige, was für den Hafenkanal geschieht, ist, daß die Regierung einen geringen Theil der Einnahmen jährlich zum Bau einer steinernen Hafenmauer auf der Fahrwasserseite verwendet. Wenn an der Chinesischen Mauer so langsam gearbeitet worden wäre, würde sie noch nicht fertig sein, so uralt das Chinesische Reich auch ist. — Unserm Hafen, vielleicht einem der schönsten der Welt, ist jede beliebige Tiefe zu geben, ohne daß es übermäßiger Kosten bedarf. Trotzdem müssen unsere größeren Schiffe noch auf der Rhebe laden, was, wenn man Zeitverlust, Risiko, Kosten und Abnutzung von Geräthschaften in Anschlag bringt, die hiesigen Rheber und Ladungsverschiffer einige Tausend Thaler jährlich kostet. Daß es für gekupperte Kriegsschiffe, besonders wenn sie Dampfmaschinen haben, auch nicht dienlich ist, tagelang festzusetzen oder im scharfen Sande herumzuschleifen, hat die Erfahrung der letzten Wochen gelehrt.

Neuerdings ist die Telegraphenstation in der Stadt dem gesteigerten Verkehr entsprechend vergrößert worden, daß sich im Annahmezimmer ungefähr sechs Menschen von mittlerer Leibesbeschaffenheit bewegen können. Drei von ihnen können zu gleicher Zeit Depeschen schreiben, während es den andern drei freisteht, vom Inhalte derselben Notiz zu nehmen.

Von den Zellanstalten in Fahrwasser, die, wie die Erfahrung lehrt, im Winter mitunter nicht unbedeutend beansprucht werden, wollen wir garnicht reden. Man ersehe das Nöthige aus den Jahresberichten der Aeltesten der Kaufmannschaft, auf welche stets seitens des Ministeriums der Bescheid erfolgt ist, daß kein Bedürfnis vorhanden ist, den Packhof in Fahrwasser zu vergrößern. — b —

(Schluß morgen.)

Berlin, 16. Juni.

Der König tritt, wie schon mitgetheilt, am Sonnabend die Badereise nach dem Kurorte Karlsbad an. Die Abreise erfolgt Morgens 8 Uhr mittels Extrazuges über Leipzig, Altenburg, Schwarzenberg, etc. Die Weiterfahrt findet Nachmittags 4 Uhr nach dem Diner per Extrapost statt, und die Ankunft in Karlsbad ist Abends 9 Uhr. Während der vierwöchigen Badekur wird der König im „goldenen Schild“ Wohnung nehmen. In der Begleitung des Königs befinden sich die Generaladjutanten v. Mantuffel und v. Moensleben, die Flügeladjutanten v. Steinacker und Graf Kanitz, der Chef des Civilcabinetts, Geheimrath Illaire, der Hofmarschall Graf Perponcher, der Leibarzt Dr. Lauer etc. Der König will auf dieser Reise keinen Empfang und keine Begleitung, reist von hier in Uniform, wird aber in Schwarzenberg Civilkleidung anlegen und in Karlsbad den Namen des Grafen v. Zollern annehmen.

Die heut ausgegebene offiziöse „Provinzial-Correspondenz“ enthält sehr bedeutsame Kundgebungen, und zwar folgende Stelle: „Wir wollen uns der Hoffnung hingeben, daß die jüngst verflorenen Zeiten und ihre erhebenden Eindrücke auch dazu helfen werden, den traurigen Zwiespalt der letzten Jahre zu mildern und zu verweisen. Wir leben der Zu-

versicht, daß schon jetzt, nach dem glorreichen Tage von Düppel und nach den thatsächlichen Erfolgen, welche unsere Politik bereits errungen hat, auch dasselbe Abgeordnetenhaus, welches früher so vielfach und so entschieden „Nein“ gesagt hat, sich gedrungen fühlen würde, der Regierung in der weiteren Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben für Schleswig-Holstein, Preußen und Deutschland zu unterstützen. Sollten aber vollends Momente eintreten, welche noch kritischer sind, als die gegenwärtigen, so würde die Regierung gewiß nicht warten, „bis alle Vorräthe erschöpft sind“, um die Landesvertretung vertrauensvoll zu thätkräftiger und patriotischer Unterstützung aufzurufen.“

Die in der Hausvoigtei inhaftirt gewesenen Polen sind nach der „Ost. Ztg.“ bereits größtentheils nach Moabit übersiedelt. In der Hausvoigtei sind nur diejenigen zurückgeblieben, deren Voruntersuchung noch nicht beendet ist. Außerdem befinden sich als krank in der hiesigen Charité: Abgeordneter Dr. von Niegolewski, Probst Rymarkiewicz, Fürst Radziwill (aus Littauen) und einige Andere. In Moabit sind die Gefangenen, so weit die Isolirzellen ausreichen, in solchen untergebracht; von den übrigen, welche die Minderzahl bilden, bewohnen 2 bis 4 die Zimmer. Die Spaziergänge auf dem geräumigen Hofe sind gemeinschaftlich. Sie finden Vormittags und Nachmittags statt und dauern jedesmal eine Stunde. Am 5. d. Mts. wurden sämtliche Gefangene um 9 Uhr Morgens in der Gefängnißkapelle versammelt, wo ihnen die Anklage-Akte vorgelesen wurde. Die Vorlesung dauerte 8 Stunden und wurde erst am folgenden Tage, wo die Gefangenen wieder in der Kapelle versammelt wurden, beendet.

Folgendes ist der Wortlaut der Erklärung, welche die Bevollmächtigten Dänemarks in der am 2. Juni stattgefundenen Konferenz-Sitzung abgegeben haben:

Als der jetzt regierende König von Dänemark beim Abschluß des Londoner Vertrages die auf ihn gefallene Wahl zum Nachfolger des damals regierenden Königs annahm, ließ Se. Maj. stät sich zu diesem Entschlusse hauptsächlich und in entscheidender Weise durch die feste Hoffnung bestimmen, daß Europa die durch diesen feierlichen Vertrag anerkannte und genehmigte Schöpfung aufrecht zu halten wissen werde. Se. Maj. wollte nicht durch seine Weigerung verhindern, daß die Integrität der dänischen Monarchie eine weiter reichende Gewährleistung ihrer Beständigkeit erhalte, und aus den Verzichtleistungen und Opfern derjenigen, die im Besitze von Rechten wären, wüßte er, daß durch die Annahme des ihm gemachten Anerbietens Niemandes Rechte gefährdet wurden. — Seit jenem Zeitpunkt haben die Dinge sich geändert, und Se. Maj. hat sich einer sehr grausamen Enttäuschung unterwerfen müssen. Trotz seiner eigenen Anschauungen und der seines hingebungsvollen Volkes — seiner einzigen Stütze zur Verwirklichung eines Wertes, dem beinahe das gesammte Europa seine Zustimmung erteilt hatte — hat Se. M. sich gezwungen gesehen, die Nichterfüllung seiner Hoffnungen als eine Möglichkeit in Betracht zu nehmen. — Wenn es denn so sein muß, wenn die europäischen Mächte den Londoner Vertrag fallen zu lassen wünschen, so möchte Se. M., damit die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vermieden werde, einer Gebietsabtretung sich nicht widerlegen, vorausgesetzt jedoch, daß er hierdurch nicht nur Frieden, sondern für den ihm bleibenden Rest seiner Staaten eine unabhängige, vollkommen autonome Existenz erlange, und unter der Bedingung, daß das künftige Schicksal der abgetretenen Landestheile nicht ohne deren Zustimmung festgesetzt werde. Die dänische Regierung nimmt also den von Carl Ruffel in der letzten Sitzung zur Wiederherstellung des Friedens zwischen Dänemark und den zwei deutschen Reichmächten

gemachten Vorschlag im Prinzip an. — Aber damit der Friede, den wir innig wünschen, ein wirklicher Friede sei, muß er all jene Bedingungen enthalten, die notwendig sein werden, um Dänemark die ihm von rechts wegen zukommende Unabhängigkeit, jene politische Unabhängigkeit zu sichern, welche ihm der Londoner Vertrag gewährleisten sollte, und zu deren Wahrung das dänische Volk sich nicht begeben hat, ganz allein einen blutigen Kampf gegen weit überlegene Streitkräfte einzugehen. — Die dänischen Bevollmächtigten fühlen sich verpflichtet, von nun an zu bemerken, daß die Opfer, welche man Dänemark auferlegen will, Grenzen haben, welche die dänische Regierung nicht überschreiten kann. — Die neue Grenze Dänemarks ist für dieses Land eine Lebensfrage. Es ist notwendig für Dänemark eine mit Rücksichtnahme auf seine militärischen und commerciellen Interessen gezogene Grenze zu besitzen und diese Grenze muß durch ausreichende Bürgschaften festgestellt werden. — Auch in Bezug auf einen andern Punkt behält die dänische Regierung sich ihre volle Freiheit vor. Nur unter ganz besonderen Bedingungen wird Se. Majestät in die Abtretung des Herzogthums Lauenburg willigen. Dieses Land ist seiner Zeit vom König von Dänemark als Austausch für einen Theil Pommerns erworben worden, um als entsprechender Ersatz für das der Wiederherstellung des europäischen Friedens zum Opfer gebrachte Königreich Norwegen zu dienen, und es steht mit dem Streite, der den gegenwärtigen Krieg verursacht hat, in gar keinem Zusammenhange. — Schließlich müssen die dänischen Bevollmächtigten für ihre Regierung die volle Freiheit fordern, die bis jetzt unwandelbar behauptete Stellung auf dem Boden des Londoner Vertrages wieder einzunehmen, sobald sie sieht, daß das provisorische und bedingte Verlassen dieses Standpunktes nicht zu einer billigen und gerechten, die Bestimmungen dieses Vertrages zu ersetzen geeigneten Ausleihung führen wird.“

Aus Schleswig-Holstein, 13. Juni. Gestern fand in Rendsburg die dritte Versammlung der Delegirten der schleswig-holsteinischen Vereine statt. Es waren über 100 Vereine durch mehr als 250 Deputirte vertreten. Gegenstand der Tagesordnung war die drohende Gefahr einer Theilung Schlesiens. In einer am Abend vorher stattgehabten Vorversammlung legte der Gesamtausschuß eine Ansprache an die Nordschleswiger vor, welche nach längerer Debatte mit einigen Abänderungen gutgeheißen wurde. In der gestrigen Verhandlung wurde alsdann nach längerer Debatte der nachstehende Antrag des Dr. Rommel nahezu einstimmig angenommen: „Die Delegirtenversammlung der schleswig-holsteinischen Vereine beschließt folgende Erklärung:

„Das ganze schleswig-holsteinische Volk hat noch jüngst in der Versammlung zu Rendsburg am 8. Mai erklärt, daß es sein ganzes volles und ungetheiltes Recht verlange. Dem Rechte zum Trug und gegenüber dem ernststen Willen der Bevölkerung tauchen immer neue Pläne auf, welche von einer Theilung Schlesiens sprechen. Wie das schleswig-holsteinische Volk darin keinen Abbruch des Kampfes sehen würde, so hegen wir das feste Vertrauen zu dem deutschen Volk und den deutschen Großmächten, daß der Kampf für das gute Recht entschlossen aufgenommen und zum guten Ende geführt werde. Die Delegirtenversammlung der schleswig-holsteinischen Vereine spricht dem Ausschuss für die energische Thätigkeit, welche er dem Theilungsproject gegenüber entwickelt hat, ihren Dank aus und ertheilt demselben Vollmacht alles weitere vorzunehmen, wodurch dem Project entgegengetreten wird. Die Delegirtenversammlung wiederholt das Verlangen der Schleswig-Holsteiner, daß die Landesvertretung Schleswig-Holsteins einberufen werde, damit ihre Stimme gehört werden könne, sie verlangt die Bildung einer schleswig-holsteinischen Armee, um für das gute Recht an der Seite Preußens und Oesterreichs zu kämpfen.“

Die Ansprache lautet in der Form, wie sie schließlich angenommen wurde, wie folgt: „Nordschleswiger Brüder! Keine Trennung, keine Theilung! Ihr habt gehört, daß Pläne geschmiedet werden, ein Stück schleswig-holsteinischen Landes von uns abzureißen und in Züland einzuverleiben. Es gilt, durch eine einmüthige, entschlossene Haltung des ganzen schleswig-holsteinischen Volkes diese Gefahr von uns abzuwenden. Gleichwie wir euch nicht verlassen werden, so sind wir überzeugt, daß ihr entschlossen seid, das Curie zu thun. In der Versammlung aus Bøghoved bei Hadersleben habt ihr erklärt, daß die Theilung Schlesiens euren wichtigsten Lebensinteressen widerstreitet, daß ihr sie als das größte Unrecht und Unglück betrachtet, welches euch treffen kann und daß ihr nie und nimmer von Schleswig getrennt und in das Königreich einverleibt werden wollt. Wir fordern euch auf und haben die Zuversicht, daß ihr mit aller Kraft und aller Orten euren Willen an den Tag legt. Nehmt die Gewißheit von uns, daß wir entschlossen sind zusammenhalten zu wollen. Ob wir auch nicht Alle dieselbe Sprache reden, so vereint uns Alle doch die Liebe zu demselben Vaterlande und Schleswig-Holstein auf ewig ungetheilt, daß ist das alte gute Recht, für das unsere Vorfahren kämpften, das wir unerschrocken auf unsere Kinder vererben wollen. Wenn wir im Norden und im Süden einmüthig und ohne Menschenfurcht den Weg gehen, den Ehre und Vaterlandsliebe uns vorschreiben, dann dürfen wir vertrauen, daß man nicht gegen unseren Willen über unser ferneres Schicksal entscheiden wird, dann wird man gezwungen sein, Schlesiens Zukunft in die Hand des schleswig-holsteinischen Volkes zu legen und dann werden wir erreichen, wonach wir Alle streben, ein freies unabhängiges Schleswig-Holstein bis zur Königsau!“

Wien, 14. Juni. Das wichtige Ereigniß des Tages, daß sich der Kaiser mit dem Grafen Rechberg nach Rissingen zu einer Zusammenkunft mit dem Kaiser

von Rußland begiebt, wird bereits durch ein zweites in Schatten gestellt, mit welchem es in einem Zusammenhange steht. Aus London werden uns nämlich höchst wichtige Veränderungen signalisirt. Frankreich hat plötzlich, vielleicht um schon im Voraus die Rissingen Zusammenkunft zu beantworten, entschieden für Dänemark Partei ergriffen und den direct auf die Sprengung der Conferenz auslaufenden Vorschlag, die Theilungslinie Flensburg-Bredstedt anzunehmen, gemacht. England ist in Folge der in diesem Vorschlage vermeintlich ausgedrückten Befestigung der englisch-französischen Entente derart der Kamm gestiegen, daß es für die nächste Conferenzzsitzung ein an die deutschen Mächte zu richtendes Ultimatum vorbereitet, in welchem gesagt wird, daß England die Vernichtung des Londoner Vertrages nur unter der Bedingung zugebe, daß die oben erwähnte Theilungslinie angenommen werde. Nebenbei läßt man bereits jetzt so Etwas wie von Befestigung Alsen und Führens und Hinaustreibung der verbündeten Truppen aus Schleswig durch eine vereinigte dänisch-schwedisch-englische Armee verlauten. Sie können sich denken, wie diese Nachrichten hier aufgenommen werden, und es kann Sie nicht Wunder nehmen, wenn man heute bereits davon spricht, daß die Tage der Conferenz gezählt seien. Bedenken Sie nun, daß die Verzichtleistung Rußlands zu Gunsten Ostpreussens als ein deutliches Zeichen der Schwermuth Rußlands zu Deutschland aufgefaßt wird, so wird es Ihnen nicht schwer fallen, den Schlüssel für die Rissingen Zusammenkunft zu finden, welche natürlich Rußland in gewohnter Uneigennützigkeit bezüglich der Garantirung des polnischen Besitzstandes zu verwerthen nicht unterlassen wird.

Paris, 12. Juni. Nachdem bisher einzig Girardin's „Presse“ ab und an gegen die ungeheuerlichen Anmaßungen Englands in Bezug auf die Befestigungen Kiel und Rendsburgs im Interesse der Freiheit des Meeres aufgetreten ist, tritt heute das „Mémorial diplomatique“ in eben so entschiedener, wie glücklicher und den Anschauungen des französischen Publikums angemessener Form für die Anschauungen Deutschlands über die schleswig-holsteinische Frage in die Schranken. Englands Interesse für Dänemark führt dieser Artikel aus, seine Suprematie auf der Ostsee aufrecht zu erhalten. Um diesen Zweck zu erreichen, hat es seiner Zeit die dänische Flotte geraubt, aus diesem Grunde wollte es Frankreich verleiten die Flotte und die Häfen Rußlands in der Ostsee zu zerstören, aus diesem Grunde will es Deutschland verbieten einen Kriegshafen in der Ostsee anzulegen. Im ferneren Verlaufe kommt das „Mémorial diplomatique“ in diesem Artikel, die der Unterschrift nach zu urtheilen, direct aus dem österreichischen Pressbureau stammt, auf die Schleilinie um diese als eine Schmach und Schande für Deutschland und die Bevölkerung Schlesiens mit größter Entschiedenheit zurückzuweisen. „Wenn die Conferenz, heißt es, damit ihr letztes Wort gesprochen hat, wenn sie dem Geist der Geschichte und den Nationalitätsbedürfnissen nichts Besseres darzubieten vermag, so macht sie nur Flickwerk und verschiebt höchstens den Wiederausbruch der Revolution, in deren Gefolge blutige Kriege heranziehen. Die Schleilinie sei als Grenzscheide weder durch strategische, noch durch historische, politische und nationale Gründe zu rechtfertigen; sie sei unmöglich, und gehe sie dennoch durch, so werde sie nur die Zwietracht weiter schüren, und den nationalen Haß, die Revolution und den Krieg neu entflammen, mithin gerade das wieder heraufbeschwören, was die Conferenz endgültig habe beseitigen wollen.“

London, 13. Juni. Die Canalflotte läuft heute aus Plymouth, wo sie seit dem 13. v. M. gelegen hat, vorerst nach Portsmouth aus, wo sie eine Zeit lang verweilen wird, um dann eventuell nach den Dänen zurückzukehren oder eine Sommerkreuzfahrt durch den St. Georgskanal und um Schottland herum anzutreten. In letzterem Falle würde sie gegen October wieder an der südlichen Küste Englands eintreffen.

New York, 31. Mai. Ein verwegenerer Flankenmarsch, als er vielleicht je in der neuen Kriegsgeschichte vorgekommen ist, hat das Bundesheer unter Grant bis auf 2 deutsche Meilen von Richmond gebracht und den Werth, der wahrscheinlich schon seit vorigem Jahre befestigten feindlichen Stellungen an den beiden Anna-Flüssen vernichtet. — Den letzten, bis zum 29. reichenden Berichten zufolge, hatte Grant 3 engl. Meilen südlich vom Hanovertown, also kaum 9 engl. Meilen nordnordöstlich von Richmond seine Armee deponirt. Tags zuvor hatte seine Keiterei ein hitziges Treffen mit der des Feindes gehabt (50 Tode, 300 Verwundete), sie einige englische Meilen weit zurückgeworfen und war dabei auf eine

feindliche Linie gestoßen, wahrscheinlich Lee's neue Schlachtlinie. Möglich, daß gestern schon eine neue Schlacht begonnen hat, wenn Lee noch eine solche außerhalb der Befestigungen von Richmond annehmen will. Grants neue Stellung ist nun vier deutsche Meilen von White House, bis wohin der Pamunkey vom York River aus schiffbar ist und das ihm daher von jetzt an als bequeme Basis dienen kann. Das Armeecorps des General Baldy Smith (circa 15,000 Mann), das bisher unter Butlers Befehle mit bei City Point am James River lag und dort für die bloße Vertheidigung nicht mehr gebraucht wird, ist am 29. eingeschifft worden, um den James River hinab und den York hinauf nach White House zu fahren und sich dort mit Grant zu vereinigen. Es wird, wenn eine Schlacht vor Richmond stattfinden soll, sehr zur rechten Zeit gekommen sein, denn auch Lee hat Alles, was er an kleinen Corps in Virginien und Nordcarolina zerstreut hatte, zu sich herangerufen und dadurch wahrscheinlich die bisher erlittenen Verluste an Mannschaften so ziemlich ausgeglichen. Es könnte sicherlich nicht schaden, wenn auch die Bundeskorps, die noch im westlichen Virginien sich befinden, zum größten Theile zu Grant geschickt würden. Er könnte auf diese Weise eine Verstärkung von weiteren 15—20,000 Mann erhalten.

Nachrichten aus Posen und Polen.

Von der Polnischen Grenze, 14. Juni. Die vom General-Gouverneur Murawiew bei seiner Anwesenheit in Petersburg dem Kaiser überreichte Denkschrift enthält eine Beleuchtung der in Folge der wiederholten Aufstandsversuche in Litthauen eingetretenen Zustände und eine Rechtfertigung der von Murawiew zur dauernden Beruhigung dieses Landes in Anwendung gebrachten energischen Maßregeln. Als die einzigen Urheber der wiederholten und noch in jüngster Zeit erneuerten Aufstandsversuche werden der polnische Adel in allen seinen Abstufungen und die römisch-katholische Geistlichkeit bezeichnet. Beide heißt es in der Denkschrift — seien durch ihre maßlose Herrschsucht in dem Grade verblendet, daß sie ungeachtet die Masse der Litthauischen Bevölkerung ihren revolutionären Bestrebungen entschieden entgegen sei und treu zur russischen Regierung halte, dennoch diese dem Lande wie ihnen selbst gleich sehr verderblichen Bestrebungen nie aufgeben und sich nie aufhörten mit der dem griechisch-katholischen Bekenntnisse huldigenden russischen Regierung versöhnen zu werden. Nichts sei thörichter und zugleich für die russischen Interessen verderblicher, als der Glaube an die Möglichkeit einer Transaktion mit den genannten beiden Elementen. Als Beweis für letztere Behauptung wird u. A. das milde und versöhnliche Verwaltungssystem des Großfürsten Konstantin im Königreich Polen angeführt. Es habe nur den Aufstand begünstigt und zum Ausbruch gebracht, ungeachtet der geistlichen vorher überzeugt gewesen seien von der Unmöglichkeit, die Masse der ihnen feindlich gesinnenden ländlichen Bevölkerung für den Aufstand zu gewinnen. Die Sachen stehen für die russische Regierung so, daß ihr nur die Wahl bleibe, ihre Kraft in unaufhörlichen Kämpfen mit dem revolutionären polnischen Adel und der Geistlichkeit zu vergeuden, oder beide in dem Maße materiell und moralisch zu schwächen, daß ihnen diese Kämpfe unmöglich seien. Er (Murawiew) habe das Letztere gewählt, weil er es als den russischen Interessen und der Wohlthat der seiner Verwaltung anvertrauten Provinzen allein erspriesslich erkannte habe. Der Kaiser legte diese Denkschrift der Abtheilung des Ministeriums für die westlichen Provinzen zur Begutachtung vor. Der Beratungen über dieselbe dauerten 3 Tage. Der Kaiser wohnte ihnen bei, betheiligte sich aber nicht an den Debatten, sondern verhielt sich durchaus schweigend. In den beiden ersten Sitzungen schienen sich 2 Parteien zu bilden, indem Wujasew, Minister des Innern, und Solowin, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die durch sie erregte Härte vorwarfen und namentlich das durch sie erregte Aufsehen mißbilligten, ohne jedoch die Murawiew'schen Grundsätze zu verdammen. Murawiew wurde von der überwiegenden Majorität gegen diese Vorwürfe entschieden in Schutz genommen. Das Resultat der dreitägigen, den Gegenstand von allen Seiten beleuchtenden Beratungen war die allgemeine Billigung der in der Denkschrift entwickelten Ansichten und Verwaltungsmaximen. Auch der Kaiser gab schließlich dieser Billigung Ausdruck. (Ostsee-Z.)

